

# GdP-Pressemitteilung

Wiesbaden, 30-Sep-23

## Polizeibeschäftigte im PP SOH schlagen Alarm: Polizei am Limit

### Gewerkschaftsübergreifende Umfrage zeigt alarmierende Feststellungen

Es brodelt schon lange in der Polizei. Die Abwärtsspirale dreht sich, Personal fehlt allenthalben, Arbeits- und Einkommensbedingungen sind im Fokus der Dauerkritik. Als Sprachrohr der Polizeibeschäftigten haben die im Personalrat des PP Südosthessen vertretenen Gewerkschaften reagiert und eine Abfrage im PP SOH initiiert.

TENOR:

#### **„Zu wenig Personal, Beamtenbezüge sind rechtswidrig, Rückendeckung fehlt!“**

Ziel der Umfrage war, ungefilterte Meinungen aus dem Arbeitsalltag zu erhalten. Binnen zwei Wochen kamen hunderte Rückmeldungen, von Beamtinnen und Beamten wie Beschäftigten gleichermaßen, zurück. Die Fragestellungen drehten sich um den Berufsalltag, um Arbeitsbedingungen und einhergehende Belastungen sowie Einkommensrealitäten, beim Beamten und im Tarifbereich. Es bestand zudem die Möglichkeit, persönliche Meinungen mitzuteilen, um Problemstellungen auch explizit benennen zu können.

- 85 % der Befragten geben an, in ihren Arbeitsbereichen über zu wenig Personal zu verfügen
- 77 % der Befragten fühlen sich aufgrund der verfassungswidrigen Besoldung nicht wertgeschätzt
- 66 % der Befragten würden das Land Hessen nicht als Arbeitgeber empfehlen
- 58 % der Befragten befürchten Nachteile in für die eigene Karriere oder haben Angst, Kritik offen und ehrlich zu äußern
- Über die Hälfte der Befragten haben sich mit dem Gedanken zu kündigen auseinandergesetzt

„Das Ergebnis dieser Umfrage führt uns vor Augen, dass die von der GdP immer wieder öffentlich festgestellten Defizite in der Polizei, gerade im Zusammenhang mit rechtswidriger Beamtenbesoldung, fehlendem Personal (mindestens 2000 Beschäftigte mehr) und der fehlenden Rückendeckung des hessischen Innenministers nicht aus der Luft gegriffen sind. Wenn innerhalb der Polizeibeschäftigten nicht nur von „inneren Kündigungen“ die Rede ist, sondern offen über Kündigungen nachgedacht wird, ist das mehr alarmierend,“ stellte dazu GdP- Chef Mohrherr fest. Wer diese Alarmzeichen ignoriert oder gar schönredet, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Es ist „5 nach 12!“ Die verfassungswidrige Besoldung und der Umgang der Landesregierung damit ist „ein Schlag ins Gesicht aller Landesbeamten in Hessen. Einer weiteren Erosion innerhalb der Polizei muss dringend begegnet werden. „Die befragten Polizeibeschäftigten haben sich hinter den Gewerkschaften versammelt. Das Meinungsbild zeigt einen desolaten Zustand innerhalb des Personalkörpers. Personalmangel, fehlende Wertschätzung und hohe Belastungen machen deutlich: Die Attraktivität des Polizeiberufs in Hessen ist derzeit so nicht mehr gegeben. Die politisch Verantwortlichen in Wiesbaden sollten jetzt nicht einfach zur Tagesordnung übergehen,“ so Mohrherr abschließend.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist die mit Abstand größte Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten in Hessen. Sie engagiert sich für ihre landesweit rund 14.000 Mitglieder, für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Polizei sowie auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik. Bei Rückfragen an die GdP steht Ihnen der Landesvorsitzende Jens Mohrherr zur Verfügung: E-Mail: [jens.mohrherr@gdp.de](mailto:jens.mohrherr@gdp.de); Mobil: 0151 / 29218934



**Gewerkschaft  
der Polizei**  
Hessen